

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion der Linkspartei.PDS

16./17. Mai 2006

MdL

TOP 21

Alleingänge des Lande M-V bei Abschiebungen nach Togo verhindern  
Drucksache: 4/2244

Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

„Insbesondere eine Instrumentalisierung des Themas „Migration“ ist zu vermeiden.“

Diese politische Aufgabenstellung, diese Erwartungshaltung an die Parteien finden wir in dem von uns vor wenigen Wochen gemeinsam beschlossenen Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“

Schade, unverständlich und nicht zu tolerieren, dass Sie diese gemeinsame Plattform nach wenigen Wochen verlassen.

Alleingänge bei Abschiebungen sollen vermieden werden.

Ich bin froh, dass es diesen Alleingang - im Interesse der Betroffenen gibt.

Ich bin dem Innenminister für diesen Schritt dankbar.

Ich weiß, dass ihm dieser Schritt nicht leicht gefallen ist und ich weiß, dass er dafür bei seinen Innenministerkollegen keinen Beifall gefunden hat, sondern Kopfschütteln und Häme.

Und das wissen Sie,  
werte Kolleginnen und Kollegen der CDU auch.

Deshalb ihr Antrag.

Denn es geht Ihnen nicht darum, einen bundesweiten Abschiebestopp durchzusetzen.

Es geht Ihnen darum, Abschiebestopps zu verhindern und Abschiebungen dadurch zu ermöglichen.

Bei wem soll sich Minister Timm denn Zustimmung holen?

Etwa bei den Herren Schönbohm oder Beckstein, deren asylpolitische Einstellungen und Sprüche hinlänglich bekannt sind? Oder etwa in Hessen, dem Land, wo die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft erfunden wurde und von ganz rechts außen mit Beifall bedacht wurde?

Nein, Sie wissen ganz genau, dass ein solches Ansinnen locker von mehr als fünf Innenministern abgelehnt würde.

Auch legen Sie wieder ein merkwürdiges Rechtsverständnis an den Tag.

Absprachen von Innenministerkonferenzen haben bei Ihnen offensichtlich einen höheren Stellenwert als Gesetze.

Es gibt zwar Absprachen zwischen den Innenministern wie man bei Abschiebungen verfahren möchte.

Es gibt aber die klare gesetzliche Regelung des § 60 a des Aufenthaltsgesetzes.

Dies ist keine Makulatur, sondern Gesetz und darüber Ausdruck von Humanität in einer sonst sehr restriktiven Ausländergesetzgebung.

Sie wollen, so ihre fadenscheinige Begründung, „Abschiebetourismus“ verhindern.  
Ist Ihnen eigentlich nicht klar, dass dieser Abschiebetourismus stattfindet?

Jüngst bei der Massenabschiebung von Flüchtlingen,  
die in verschiedenen Bundesländern Schutz suchten und  
via Hamburg nach Westafrika und damit in eine unsichere Zukunft geflogen, nein abgeschoben  
wurden.

Nein, meine Damen und Herren der CDU,  
Ihr Antrag kann keine Zustimmung finden.  
Er gehört in den Papierkorb, nach ganz unten.

Ich bin froh, dass dieses Koalition und der zu ihr gehörende Innenminister die Kraft gefunden haben, ein Zeichen der Humanität zu setzen.

Lassen Sie uns nun die Zeit nutzen, um eine realistische Lageeinschätzung zu Togo zu erwirken und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft friedlich für eine Demokratisierung in Togo zu streiten.

Denn das Schicksal der Flüchtlinge ist nur aufgeschoben.  
Eine Zukunft ohne Angst um Leib und Leben ist noch lange nicht erreicht.